

Freie Presse

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 114.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe

Freitag, 9. März 1906.

Verlag: Die Zeitungs-Druckerei in Halle a. S., Gutenbergstraße 11. Druck: Die Zeitungs-Druckerei in Halle a. S., Gutenbergstraße 11.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 188. Redaktion: Leipzig 1772, Ringstr. 10. Druck: Die Zeitungs-Druckerei in Halle a. S., Gutenbergstraße 11.

Verlag: Die Zeitungs-Druckerei in Halle a. S., Gutenbergstraße 11. Druck: Die Zeitungs-Druckerei in Halle a. S., Gutenbergstraße 11.

Geschäftsstelle in Berlin, Dessauerstr. 14. Telefon: Nr. 11 224. Druck und Verlag von Otto Meißel in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 9. März.

*** Zur Diätenfrage.** Eine Mitteilung der „Köln. Volkszeitung“ aus parlamentarischen Kreisen legt die neuliche Note der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ über den Stand der Diätenfrage dahin aus, daß die Genährung von Anwesenheitsgehältern neuerdings auf Schwierigkeiten stoße und faunm mehr vor Schluß der Session zu erwarten sei, so daß ihre Wirkung erst mit Beginn der nächsten Reichstagsession eintreten würde. Diese Auffassung ist, soweit die „Voll“ die Lage kennt, unzutreffend. Die Vorbereitungen zur Regelung der Diätenfrage sind so getroffen, daß die Wirkung sich noch in der laufenden Session geltend machen kann. Einem freimüthigen Blatte zufolge wurde mehreren Parlamentariern vertraulich mitgeteilt, daß die Diätenvorlage rund 1 000 000 Mk. erfordern werde, und daß für die gegenwärtige Session die erste Kaufsumme — denn eine solche ist beabsichtigt — zur Auszahlung kommen soll.

*** Der Marinestat in der Budgetkommission des Reichstages.** Abg. Graf Oriola teilt in der Sitzung am Donnerstag mit, es lägen eine Reihe Petitionen vor, welche eine Vergrößerung und den vollständigen Ausbau der Flotte über den Rahmen der Flottenliste hinaus verlangten. Abg. Singer spricht von einer 7. Jahrgangsklasse. Die Abg. Müller-Sögel, Kornmann (Voll), Dahlem, Schöpsch und Erzberger stellen die Agitation, besonders des Flottenvereins, als verwerflich hin. Dadurch würde meine Flotte beim Auslande diskreditiert. Staatssekretär von Tirpitz erklärt, der Flottenvertrag ist ein völlig unabhängiger Vertrag; er ist manchmal mit der Zeit seiner Geltung nicht einmüßig, muß aber auch das indische pazifische Ozean mit seinen vielen Vereinen decken. Bezüglich der Ausdrücke „hinmüßige Lätze“ jagte der Redner, die Marineverwaltung habe selbst niemals die Schiffe der Kriegsmarine und Seehausen als vollwertige Kriegsschiffe bezeichnet. Welche Verwendung diese Schiffe im Kriege finden, wäre Sache der Admiralität. Mit einer Anfrage bezüglich der Kaiserjacht „Hohenzollern“ führt der Staatssekretär aus, daß der Reichstag in den nächsten Jahren mit einem Antrag für die Jahr veraltet, für die Sicherheit des Kaisers nicht mehr an der Höhe der Zeit liegenden „Hohenzollern“ sich werde beschäftigen müssen. Bestimmte Entschlüsse über den Zeit noch nicht gefaßt. Nach der Bewilligung mehrerer Kapitel wird die Beratung auf heute, Freitag, vertagt.

*** Deutsch-Südwestafrika.** (Amtliche Meldung.) Leicht verunzufrieden am 31. Januar auf Patrouille bei Wodung; Gefreiter Nr. 111 ist, geboren am 20. 7. 1883, zu Jandelsbush, früher in 2. Kurhessischer Infanterie-Regiment Nr. 82, Wehr, seitlich linker Fuß. In Syphus gekörnter Krankenammler. Namenschrift: Heiter Emil Samuel, geboren am 23. 5. 1883 zu Wüsten, früher im Garde-Grenadier-Regiment Nr. 3, am 1. März; Lazarett Wilmshuf; Heiter Georg L. H. geboren am 5. 8. 1883 zu Kothwald-Thonbad, früher im 8. königlich württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126, am 3. März.

*** Se. Maj. der Kaiser** unternahm Mittwoch nachmittag einen Ausritt. Donnerstag morgen machten beide Majestäten den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten. Der Kaiser hatte dann eine Besprechung mit dem Reichkanzler und hörte im königlichen Schloße die Vorträge des Kriegsministers und des Chefs des Militärkabinetts.

*** Eine Kaiserreise nach Norwegen.** Frau Konigl. Kammer in Drontheim hat vom Kaiser folgendes Telegramm erhalten: „Ich danke Ihnen, Ihren Namen und Ihren Kindern auf seine für die Glückwünsche, die die Kaiserin und ich sehr erfreut haben. Mit Freude habe ich erfahren, daß an diesem Tage der Armen gebadet wurde. Ich hoffe, wenn der Sommer geht weiter bringt, wieder Norwegen besuchen zu können, das mir so lieb geworden ist, und dann auch Drontheim. Ich bin darüber bereits mit Ihrem Könige einig geworden.“

*** Drehschneidung.** Dem „Reichsanzeiger“ zufolge ist dem Prinzen Friedrich von Siam das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen worden.

*** In der Sitzung des Bundesrats** am 8. r. wurde der Antrag Württemberg wegen Zulassung der österreichischen Scheidemann innerhalb des Zollgrenzgebietes des Hauptpostamts Friedrichshafen den zuständigen Ausschüssen überwiegen.

*** Begründungen auf der Eisenbahn.** In der Sitzung der zweiten öffentlichen Kammer am 8. r. erklärte Staatsminister Cwaid in Beantwortung einer Anfrage betreffend die Überwindung von Eisenbahntarifen an die Abgeordneten, der preussische Verkehrsminister habe grundsätzliche Bedenken dagegen, da auch den preussischen Abgeordneten solche Subventionen nicht gewährt würden und die preussisch-österreichischen Vertragsbedingungen gewahrt werden müßten. In Preußen würden nur den Mitgliedern des Personenverkehrs Tarifen gewährt, infolgedessen für die Mitglieder der Eisenbahnen in Preußen eine gleiche Vergünstigung erwirkt worden. Der preussische Minister v. Bunde habe vorgeschlagen, für die Dauer der Tagungen Abkommensarten für die Abgeordneten auszugeben, ein Vorschlag, der der Prüfung unterliege.

*** Fortervertrag zwischen Preußen und Meuß.** Die Ratifikationsarbeiten zu dem am 30. Mai v. J. von Preußen mit Meuß v. L. zur Regelung der Forterverkehrsverhältnisse abgeschlossenen Staatsvertrag nach Schlussbericht für am 8. r. in Berlin angesetzt worden.

*** Annullen in Bayern.** Aus Anlaß der benachbigten Vollendung eines 85. Lebensjahres hat der Prinzregent allen Militärpersonen, gegen die bis zum 11. d. M. Strafen im Disziplinarwege verhängt oder von Militärgerichten freigesprochen bis zu sechs Wochen oder Geldstrafen bis zu 150 Mark rechtskräftig erkannt sind, diese Strafen erlassen.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Bundesratsitz. 11 Uhr.
Bei frühem Beginn lag das Haus die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung beim Titel „Gesetz des Staatssekretärs“ vor.

Hierzu liegen die Resolutionen von Herrn (tonf) und Passig (nl.) vor betreffend die Erhöhung der Beamtengehälter.
Abg. Ding (Zentr.) (sämmer verhandelt) verlangt eine Umgestaltung des Lohnsystems für die Postbeamten. Des weitern geht er auf die Verantwortlichkeit über die Gehaltsverhältnisse der Postbeamten ein, wobei er eine Injustizienliste mit den Gehaltsbezügen verschiedener Beamtenkategorien anführt und tritt für die Resolution von Herrn (tonf) ein, die geeigneter sei, alle Zuschläge der oberen Beamten auszugleichen.

Abg. Gieshoff (fr. Sp.): Die von uns eingebrachten Resolutionen verlangen eine in jeder Beziehung berechtigete Aufhebung der Beamten. Wir sind gern bereit, auch die Anträge von Herrn (tonf) zu unterstützen, obwohl wir gegen Einzelheiten Bedenken haben. Wie sieht der Staatssekretär zu der Werbung der „Deutschen Verkehrszeitung“, nach welcher die Gehaltssteigerung im nächsten Jahre durchgehend werden soll? Der Zustimmungs in der Verwaltung ist nicht aufrecht zu erhalten. Bei dem unteren Beamten muß die Frage der Erhebung in höhere Stellen klargelegt werden. Zum Schluß möchte ich noch die Forderung der Regelung des Lohnsystems wiederholen. Auch auf dem Gebiete der Erleichterung der Telegraphenverwaltung müssen wir energischer vorgehen.

Abg. v. Werderhoff (lant.) unterstützt die Forderung des Abg. Lantmann eine Befreiung der Beamten in den gemeinschaftlichen Landesstellen. Ich hoffe nicht, daß die Regierung so hart ist wie ein Stein, wenn es sich um eine einfache Forderung der Gerechtigkeit handelt. Es ist schon immer gekommen, daß ein Minister in Österreichem Kollegen im Weiden die für seine Verhältnisse hohe Summe von 500 Mk. geboten hat, wenn man sich nicht den Einfluß, den man ihm zukommen läßt. Wenn sich die Beamten in der Bevölkerung eingebürgert haben und einigermassen häufig auszusprechen sind, kann man sie ruhig belächeln lassen. Die Beschwerden der Polen über die Heberungsmaßnahme sind nicht berechtigt, inwieweit, als sie die Erziehung besserer Institute anstreben. Zusammenhang davon macht nicht ohne weiteres lassen, daß sich gegen die von den Beamten ganz und gar unrichtig erweisen. (Beifall.)

Abg. Schweichardt (deutsche Sp.) unterstützt die Forderung der Resolution über die Forterfreiheit der Post für Soldaten.
Abg. Dunker (Zentr.) nimmt sich der Befreiung der Postbeamten an und meint, der Postvertrag mit Baden verlangte, tendenzreichlich berücksichtigt werden sollen. Haben doch eine weitestgehende Autonomie, die sich gegenüber der norddeutschen sehr wohl sehen lassen könnte. Trotzdem seien eine große Anzahl von Subskriptoren aller Art aus Norddeutschland bezogen worden. Wir bedauern, daß wir solche Mängel hier vorbringen müssen, aber es gehört das zu unseren Aufgaben. (Beifall.)

Staatssekretäre Kräfte: Ich muß gegen die Angriffe des Vorredners in sachlicher Hinsicht Stellung nehmen. Die Ausnahmehöheren Beamten erfordern nicht nach der Landmannsmeinung, sondern nach der Qualifikation. Er hat ganz jene badiischen Beamten übersehen, die im Norden in höheren Stellen sind. Bei dem großen Betrieb der Post müssen wir Wert legen auf einheitliche Materialien. Briefkästen, Briefbeutel müssen dieselbe Fabrikat haben, damit jeder Beamte weiß, daß es zur Post gehört. Im übrigen aber muß ich betonen, daß wir mit der Behauptung, die Karte lautet und es erfordere nicht, unsere Beamten alle ihre Bedürfnisse am Orte haben. Die Frage der Erhöhung der Gehälter ist die wichtigste für die Forterverwaltung. Wir sind für diese Anträge sehr dankbar, weil auch wir das beste unserer Beamten wollen. Aber die Resolutionen von der Linken würden eine die Finanzen des Reichs gefährdende Mehrbelastung herbeiführen. Zwei von ihnen allein würden schon 25 Millionen Mk. mehr erfordern. (Hört hört in Zentr.) Der Antrag des Abg. Lantmann, sich auch über die Erfahrungen mit den belandeten Angehörigen auszusprechen, kann ich folgen: Für den Bahnhofs- und den Nachschicht sind sie nicht geeignet. Für den Telegraphendienst sind sie brauchbar, wenn man mit Rücksicht auf die aus ihrem Naturell entspringende größere Erregbarkeit längere Dienstperioden einrichtet. Bei Zulagen läßt sich die Behauptung, daß die Beamten nicht unmöglich werden, wohl der Wunsch der Beamten für die einzelnen Stellen müssen Sie zu der Verwaltung das nötige Vertrauen haben. Das geht nicht anders, sonst wird jeder Beamte auf außerordentlichem Wege eine Beförderung erlangen. (Beifall.)

Abg. Joubert (Zog.): Allgemein ist die Frage über das Verhalten einzelner Postämter in Berlin und höherer Beamten gegen die Eisenbahntariffrage und an ihre Grundlegung bis zu dem hiesigen Posthofen des Staatssekretärs. Auch für die Generalverwaltung der Postämter und anderer angelegten Beamten wird nichts getan.

Abg. Kömpf (fr. Sp.): Eine Vermehrung des Verkehrs hat zur Folge eine Vermehrung des Wohlstandes und begründet feste Erwerbungsquellen für Staat und Reich. Ich will nur erinnern an die Eisenbahntariffrage und an ihre Grundlegung bis zu dem hiesigen Posthofen des Staatssekretärs. Auch für die Generalverwaltung der Postämter und anderer angelegten Beamten wird nichts getan.
Abg. Kömpf (fr. Sp.): Eine Vermehrung des Verkehrs hat zur Folge eine Vermehrung des Wohlstandes und begründet feste Erwerbungsquellen für Staat und Reich. Ich will nur erinnern an die Eisenbahntariffrage und an ihre Grundlegung bis zu dem hiesigen Posthofen des Staatssekretärs. Auch für die Generalverwaltung der Postämter und anderer angelegten Beamten wird nichts getan.
Abg. Kömpf (fr. Sp.): Eine Vermehrung des Verkehrs hat zur Folge eine Vermehrung des Wohlstandes und begründet feste Erwerbungsquellen für Staat und Reich. Ich will nur erinnern an die Eisenbahntariffrage und an ihre Grundlegung bis zu dem hiesigen Posthofen des Staatssekretärs. Auch für die Generalverwaltung der Postämter und anderer angelegten Beamten wird nichts getan.

meinen und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl erhöhen und erweitern. (Beifall.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Die Finanzverwaltung ist mehrfach Deuten verlag worden, die politische Verwaltung haben, daraus geht hervor, daß diese Zulage nicht verfahren wird nach der persönlichen Stellung, sondern nach allen möglichen anderen Rücksichten. Natürlich würde eine neue Finanzzulage, wenn sie auf Anwesen in den Etat eingeschmuggelt würde, hier ganz abgelehnt werden. Die Post ist ein Verkehrsministerium, kein Ministerium für den Verkehr des Reichthums durch allerlei künstliche Mittel, so durch die Konfiskation deutscher Briefe. Man hat zwei Jahren hat der Staatssekretär verprochen, daß das überflüssige Defizitverhältnis gemildert werden solle. Ich hoffe, daß man bald dazu kommen wird, diese Angelegenheit in einer den Beamten befriedigenden Weise zu erledigen.

Abg. D. Siederer (württ. Sp.): Der Geist bei den Anwesen-Beamten ist, wie ich aus meiner Erfahrung schließen kann, ein guter. Wir hätten es nicht für unsern Aufgabe, die Wünsche der Postbeamten zu hegen, wie es die Anstalt ist, wir wollen sie nicht mehr erfüllen, soweit sie berechtigt sind. Redner empfiehlt sodann die Zulassung eines Postbeamtenvereins als Schutzmittel gegen das Eindringen der sozialdemokratischen Agitation und befürwortet die Einschränkung des Telegraphendienstes am Sonntag.
Staatssekretär Kräfte: Ich habe gleich dem Vorredner auf dem Standpunkt, daß der Sonntag nachmittag ganz dienlich bleiben sollte, die meisten Bedenken vorgetragen aber glauben, daß das ein immerwährender Fall ist. Die Landbesitzer sind nur verpflichtet, 10 Mikrogramm-Paquete zu befördern. Die Beamten müssen das Verlangen der Hebung haben, daß sie ihre Interessen wahren. Ihre Wünsche finden doch Vertretung durch die Abgeordneten, ist das vielbedeutend?

Nach einer weiteren Rede des Abg. Erzberger (Zentr.) vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. — Schluß nach 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Herrnhau.

7. Sitzung vom 8. März 1906, 2 Uhr.

Das Haus ist 10 bis 11 Uhr.
Am Ministerium: v. Schimmler u. Hollweg.
Präsident Herr Knappstein teilt mit, daß er dem Ministerpräsidenten und dem Prinzen Eitel Friedrich nebst Gemahlin auf ihren und an der grünen Aue die Wünsche des Hauses überbringt und von beiden Paaren empfangen sei.

Das Anwesen an die der letzten Sitzung vorübergebenen Mitglieder geht das Haus in der nächsten Sitzung durch Ergeben von den Vätern.
Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten tritt es in die Tagesordnung.
Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg vom 1. Dezember 1905 betr. die Regelung der Postverhältnisse in der Provinz Preußen wird zur Tagesordnung übergeben.

Wichtigste ohne Debatte nimmt das Haus den Entwurf zur Änderung des Gesetzes betr. die Gewährung von Wohnungsanlagengeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten vom 13. Mai 1873 an.
Nach der Beratung wegen Regelung der Wasserabflusssverhältnisse an der preussisch-niederländischen Grenze im Aufgebote der D. n. t. a. l. und der D. i. t. a. l. findet ohne Debatte die Genehmigung des Hauses.

Es folgt die Beratung des Entwurfs zu einem Kreis- und Provinzialparagrafen-Gesetz.
Minister v. Bismarck teilt mit die Grundzüge des schon im Abgeordnetenhaus beratenen Gesetzes auseinander und bittet das Haus, den Entwurf eingehend zu prüfen. Wenn bei einer Beratung, an der so viele in der Kreisverwaltung erfahrene Leute teilnehmen, würde sicherlich etwas Erprobliches herauskommen.
Herr v. Landberg teilt mit, für gegen einige Bestimmungen des Entwurfs Bedenken zu haben, beantragt Heberwegung an eine Kommission von 15 Mitgliedern.

Graf Wirsing erklärt in der Grundbesitzer für den Osten eine große Gefahr.
Erster Bürgermeister Dr. Johannes-Minden glaubt, daß die Kreisliste durch die ihnen durch den Entwurf zugehörige Nachvollkommenheit leicht in Verfallung kommen könnten, den Grundbesitzer der Sparmittel zu verfallen.

Nach kurzer weiterer Debatte geht der Entwurf an eine Kommission von 15 Mitgliedern.
Nach Erledigung einiger Petitionen ist die Tagesordnung erledigt.

Auch die Sitzung Freitag 11 Uhr: Gegenüber über die Zulassung einer Kreiswahl, Entwurf über die Regelung von Sparfängergeldern, sowie kleinere Vorlagen. — Schluß 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 8. März 1906, 11 Uhr.

Am Ministerium: Kommissar.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt
Abg. Wolke (fr. Sp.): Bei der Besprechung des Stufenplans hat ich eine Mitteilung erhalten, nach der der Oberpräsident von Schlesien-Sachsen bei der Besprechung eines für das Treppenhaus der Kaiser Universität bestimmten Bildes die Erhebung der Kaiser Studenten von Jahre 1848 als einen revolutionären Akt und als Jugendtölpel bezeichnet hat. Schon damals habe ich betont, daß ich selbst diese Meinung nicht glauben könne. Jetzt teilt mir der Herr Oberpräsident denn auch selbstständig mit, er habe diese Äußerungen selbstverständlich nicht gemacht. Ich betrachte dies natürlich als großer Vorzug.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und beginnt die allgemeine Besprechung des Eisenbahngesetzes.
Ministerialdirektor Strohsch: Zusammen Bedauern ist der Herr Minister verhandelt, der Etat hier selbst zu vertreten. Mein Chef hofft jedoch, bald in der Lage zu sein, seine Arbeiten wieder aufnehmen zu können. Wie der Herr Finanzminister in seiner

— Aus dem Bureau des Stadttheaters wird uns geschrieben: Gestern mittag erhielt die Direktion von dem Berliner Impresario ein Telegramm, nach welchem der Urlaub seitens der Berliner General-Intendanten für die Mitglieder des Schachspielbundes verweigert wurde. Auf sofortige Anfrage des Herrn Direktor Nitzsche bei Sr. Exzellenz General-Intendanten von Hülsen und dem Hinweis, daß der Schachspiel-Bund mit den Mitgliedern bereits seit langer Zeit erfolgt sei, erhielt die Direktion gestern nachmittags 5 1/2 Uhr folgendes Telegramm: 'Bedauere unendlich Ihre Verweigerung, kann aber unmöglich helfen, da verschiedene Mitglieder trotz ausdrücklichen Verbotes an verschiedenen Orten ohne Urlaub Schachspiele nicht nur abgeschlossen, sondern sogar offiziell angezeigt haben, eine Ausnahme von dem verhängten Verbot ist leider unter allen Umständen für mich unmöglich. Hülsen.' Eine Milderung der Vorstellung in so später Stunde war ausgeschlossen, die Direktion mußte vielmehr gleichzeitigen Entschluß fassen und verpöblichte für Frau Rosa Hoppe Frau Cecilia Arnold, welche erst kürzlich von ihrer erfolgreichen America-Tournee zurückgekehrt ist, für Herrn Dr. Stäge, dann Herrn Hofschachspieler John Feistel vom Hoftheater in Hannover und für Frau Charlotte Arndt Fräulein Mariame Pratt vom Berliner Theater. 'Sappho' geht nun in dieser Besetzung in Scene.

Aus Nah und Fern.

Der Prinzregent von Bayern in Gefahr. Donnerstag nachmittags fuhr in der Nähe der Residenz in München ein Kavalier so heftig gegen den Wagen des Prinzregenten, daß eine Scheibe des Wagens zerbrach. Der Prinzregent blieb unverletzt und ging zu Fuß nach der Residenz zurück; der Kavalier fuhr amstündlich folgende Verletzungen davon.

Durch einen Automobilmisfall getödtet. Aus Rom meldet man uns unterm 8. März: Als heute nachmittags der Oberstlieutenant Marquis Corini mit seiner Gemahlin in der Umgebung eine Spazierfahrt im Automobil machte, stürzte das Gefährt um. Die Marquise wurde getödtet, der Marquis verletzt; auch der Chauffeur trug Verletzungen davon. Der König und die Königin wurden von dem Unfall so erschrocken und besorgten sich um den Kavalier, alsbald zur Unfallstelle. Nach einer weiteren Meldung wurde der Unfall dadurch herbeigeführt, daß der Chauffeur, als er einem Wagen ausweichen wollte, mit dem Automobil eine scharfe Wendung ausführte, durch die der Automobil in den Straßengraben stürzte. Die Marquise war sofort tot, die Verletzungen des Marquis sind nicht schwer, auch der Chauffeur erlitt nur leichte Verletzungen.

Zum Raubraub auf dem von Arienzo. Gestern meldet die Königlich Eisenbahn-Betriebs-Inspektion in Coesfelden: Am 7. d. Mts. abends, etwa 8 1/2 Uhr 30 Minuten, wurde in einem 20 Meil. 1. Klasse des Zuges 24. Derr von Arienzo-Regenau, Nummer 10, Herr Majestät des Kaisers und Königs, von einem Arienzoer durch 4 bis 5 Mörderkugeln ziemlich schwer an Kopf und Hals verwundet. Der Täter ist jenseits des Rheins im Verzuge. Zwei Zuggepäckstücke und entkommen. Verwundung des Kaisers 1,65 Meter groß, bartlos, schmales Gesicht, havelock und runden Hut. Hüfte wurde durch einen im Zuge anwesenden Arzt gelichtet. Herr v. Arienzo fand nach Anbruch des Zuges in Berlin Aufnahme in der königlichen Klinik in der Jägerstraße. Allen Verletzungen erliegen. Auf der Juche 'Sammeln' bei Berlin vertrieben; zwei Begleiter unter einhundertiges Gefolge und wurden erlöset.

61 Menschen verkrüppelt. Nach Meldung der Cronfeyner Zeitung 'Dasposten' wurden in der Nacht vom 8. c. in den Joporen mehrere Fächerhütten durch einen Schmelzergang verkrüppelt. Wäher seien 21 Leiden und 39 Schwerverletzte ausgebrochen. Die Zahl der Verkrüppelten betrage 61. Die Rettungsarbeiten wurden eueratisch betrieben.

Witzig Vergleiche getödtet. Durch Einbruch der Grubenammerung in dem Gräflichen Bergbau zu Raßl (Märkten) wurden am 8. c. vierzig Bergleute und ein Ingenieur getödtet. Wäher sind vier Leiden geborgen worden.

Die Ausständigen der Gewerkschaft 'Deutscher Kaiser' haben die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Lohnverhöhung ist nicht bewilligt worden; dagegen wurde die Forderung der Arbeiter bewilligt. Verarbeitensstände. Nachdem am 6. c. auf dem Festen-Festtage in Köln-St. Pauli die Hundstube und Schloßberg mehrere Lohnverhinderer in den Anstand getreten waren, haben nunmehr auch die übrigen Arbeiter erklärt, nicht weiter arbeiten zu wollen. Die gesamte Bergarbeiterschaft, etwa 1000 Mann, ist getreten. Die gesamte Bergarbeiterschaft haben etwa 100 Schloßberg und Hundstube die Arbeit eingestellt.

Die Seizung des Reiches? Grobes Aufsehen erregt in medizinischen Kreisen die Mitteilung über die Seizung des Reiches, die Dr. Dries in Wien der Akademie der Wissenschaften in Berlin gemacht hat. Das Geheimnis ist kein Secret, sondern ein organisches Gärungsmittel, das die säublichen Stoffe auflöst.

Die Fürstin Elisabeth Windischgrätz, die Gattin des Kaisers von Oesterreich, hat sich am Donnerstag vormittag in Wien einer Windmarmoperation unterzogen, die einen normalen Verlauf genommen hat.

Letzte Telegramme.

Berlin, 8. März. Sr. Majestät der Kaiser unternahm heute nachmittags einen Ausritt in Tiergarten. Abends nahm der Kaiser an einem Dinner bei dem Präsidenten des Herrenhauses, Fürsten zu Inn- und Kniphausen teil. Ihre Majestät der Kaiserin und Prinzessin Viktoria Zuisle wohnten im Königl. Opernhaus der Vorstellung von Sorlings 'Zar und Zimmermann' bei.

Paris, 8. März. Der Berichterstatter des 'Journal des Debats' sagt, der deutsche Delegierte v. Radowsky habe erklärt, im Prinzip die französisch-spanische Polizei mit internationalen Garantien annehmen zu wollen.

Petersburg, 8. März. Das hiesige Zentralbureau des allrussischen medizinischen Verbandes hat Protest dagegen erhoben, daß das Urteil gegen Leunant Schmidt ohne dessen ärztliche Unternehmung gefaßt worden ist.

St. Petersburg, 8. März. Der Chef der kaiserlichen Polizei hat die Beamten der Gendarmerie angewiesen, schleunigst Untersuchungen über die Ursache der Festnahme oder Inhaftierung anzustellen und ihm darüber zu berichten. Verdächtige sollen, falls nicht hinlängliche Gründe für ihre weitere Festhaltung vorliegen, in Freiheit gesetzt werden. Als Kofoten in ein Lazarett im Bezirk Wrales einbrangen, wurden sie durch Gendarmen der Gimoaner gezwungen, auch ihrerseits zu fliehen. Dadurch wurden mehrere Häuser zerstört und verschiedene Tataren getödtet.

Garantien eingehen könnten. Der neue Revolljche Vorschlag enthält einflußerlose Garantien noch nicht, doch ist nach der letzten Antwort Radowsky in den vertraulichen Besprechungen mit Herrn v. Radowsky angunehmen, daß die französischen Delegierten in die Beratung der internationalen Garantien Vorschläge einbringen werden, der den internationalen Charakter der professionellen Polizeiorganisation sichern will. Jedemfalls wird von den deutschen Delegierten der Vorschlag des Grafen Welserheim wegen der ihm enthaltenen Garantien für eine wirtschaftliche Gleichberechtigung während der Polizeiorganisation als eine Basis zur Verständigung erachtet. — Nach einer weiteren Meldung aus Algieras bereitet die französische Abordnung den Entwurf betr. die Polizei vor, welcher Donnerstag abend zur Verteilung kommen sollte. Der Entwurf enthält fünf Paragraphen, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: 1. Um dem Zweck des Sentenz zu entsprechen und Sicherheit in den acht dem Staat gestifteten Heil zu gewähren, wird eine Polizei in die geschaffen werden. 2. Die ausfränkern unter Leitung von französischen und spanischen Instruktooren, welche sich mit der Ausbildung dieser Truppe zu befähigen haben werden, beisehen wird. 3. Die hierzu nötige Summe wird von der Staatsbank vorgestreckt werden. 4. Die Zahl dieser Truppe wird nicht mehr als 2500 und nicht weniger als 1000 betragen. 5. Die Verteilung in den fünf mit dem Vertrag vorgenommen werden, daß man je 200 bis 500 Mann dorthin legen wird. 6. Der französische Polizeientwurf sieht eine nur vorläufige Dauer vor. 7. Die Höchstzahl der französischen und spanischen Offiziere wird 16 betragen, diejenige der Unteroffiziere 32. 8. Man hält für wahrscheinlich, daß auch die Oesterreicher und Maroffaner je einen Polizeientwurf vorlegen werden. 9. Die uns bei Schluß der Debatte noch ausstehenden Meldungen lassen sich wie folgt aus: Nach dem über die Sitzung der Konferenz am Donnerstag ausgegebenen amtliche Komunique sollte die Konferenz in offizieller Sitzung die Bestimmung der wesentlichen Punkte der Anfrage vor. Die maroffanischen Delegierten unterbreiteten zu diesen Punkten wie auch zu einigen anderen Artiteln des Entwurfs Bemerkungen und Änderungsanträge, die nach ihrer Prüfung durch die Konferenz dem mit Zustimmung des enghilgen Tages betrauten Redaktionsausschuß übergeben wurden. Aus der Artikel 23 betreffend die Zusammenbringung der Teile des Sentenz der Bank ist für die Beratung in der nächsten Sitzung zurückgestellt worden. — Die Konferenz konstituierte sich sodann zu einer Kommissions- und letzte die Prüfung der Polizeifrage fort. Der erste deutsche Vertreter v. v. Radowsky erklärte hinsichtlich der von den verschiedenen Delegierten in der letzten Sitzung vorgelegten Vorschläge, daß seine Regierung sich einmühtig gegen die gegen eine Organisation der Polizei durch Frankreich und Spanien in den dem Handel geöffneten Häfen unter Garantie, die geeignet seien, die Freiheit des Handels zu sichern. Der Präsident verlas sodann den von den französischen Vertretern eingebrachten Entwurf. Der erste Vertreter Spaniens erklärte, er sei bereit, einen Polizeientwurf vor, der zur Verteilung gelangt. Nach einem kurzen Bemerkungsaustausch forderten die Delegierten eine gewisse Frist, um die vorgelegten beiden Entwürfe zu studieren und beschließen, So n a b e n demnächst zusammenzutreten, um die Beratung des Artikels 23 des Sentenzentwurfs und die Prüfung der Grundlagen fortzusetzen, auf denen es werde möglich erscheinen könnte, einen enghilgen Polizeientwurf aufzustellen.

Der von Oesterreich-Ungarn in der Polizeifrage gemachte Vorschlag, der sich Artikel enthält, hat folgenden Wortlaut: 1. Der Sultan soll der Oberbefehl über die Polizeitruppen haben. 2. Der Sultan wird die französischen Offiziere mit der Organisation der Polizeitruppen in Tanger, Saffi, Rabat und Tetuan beauftragen. 3. Mit der Organisation der Polizeitruppen in Mogador, Larach und Maragan wird der Sultan die spanischen Offiziere beauftragen. 4. In jedem der fünf Städte einen Offizier, der zuerst über einen Vertrag einmühtig einmühtig, den die Organisation der Polizeitruppen in Gafalaba übertragen werden wird und der gleichzeitig die Funktionen als Generalinspektor über alle Polizeitruppen übernehmen soll. Der Sultan wird diesen nach eigenen Ermessen von demjenigen Offizieren auszuwählen, welche ihm in einer Anzahl von drei Offizieren mit Zustimmung der Signatarmächte von der auswärtigen Regierung einmühtig, den die Organisation der Polizeitruppen befehlen. 5. Die Gabelle der Polizeitruppen sollen aus der Einnahme der Truppen folgen werden von europäischen Angehörigen aus Fonds, welche ihnen durch die Staatsbank zur Verfügung gestellt werden. 7. Der Generalinspektor soll von seiner Amtstätigkeit dem diplomatischen Charakter der Verwaltung folgen, das die Aufsicht über die Polizeiorganisation zu kontrollieren haben wird. 8. Diese Organisation soll verlässlich für die Dauer von fünf Jahren geschaffen werden.

In den diplomatischen Kreisen von Algieras herrscht eine gewisse Besorgnis über die Niederlage des Kabinets Rouvier. Es wird behauptet, daß man es in Paris in dem Gemüthsgegenstande für die Konferenz zu kritischen Zeitpunkt zu einer Krise kommen ließe. Allgemein herrscht die gleiche Ansicht wie das bisherige einhalten wird, das beizuhalten die Franzosen, daß Deutschland jetzt eine noch schroffer Haltung einnehmen werde. Es verlautet, Ministerpräsident Moret habe dem Herzog von Almodovar beauftragt, die Konferenz in Algieras nicht vor dem Schluß ihrer Arbeiten zu verlassen.

Aus Nordland.

erhalten wir folgende Meldungen: Riga, 8. März. Auf einem Dampfer, der heute von hier auslaufen sollte, wurden drei Personen verbohrt, von denen eine eingekland, der Kompagnonierung der russischen Sozial-Revolutionäre angehörend, sowie an der Benutzung eines Zigarettenrohrs und an einem politischen Werke sich betätigt zu haben. Riga, 8. März. Hier sind 16 Mitglieder des Industrieverbandes, unter ihnen ein Bankdirektor, verbohrt worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Baron Ungerbary. wurde am 8. c. vom Kaiser in einer Audienz empfangen, die eine Stunde dauerte. Der Ministerpräsident reichte nachmittags nach Budapest zurück. Frankreich. Präsident Fallières. hießt Donnerstag nachmittags eine Besprechung mit Sarrien. Dann empfing der Präsident Moret und sprach mit ihm über die Konferenz in Algieras und über die telegraphischen Instruktionen für Radowsky. Später empfing Fallières den Minister des Innern Dubief, der mittelste, bei er angedeutet habe, daß in allen Wesenden, in denen Anstöße zu befürchten seien, die Inventaraufnahmen ausgeführt werden sollen. Schließlich hatte der Präsident noch eine einstündige Unterredung mit Bourgeois, der, als er das Gespräch verließ, erklärte, bei der Unterredung sei in letzter Hinsicht ein Beschluß gefaßt worden. China. Der Kaiser ist erkrankt. An die Königin ist die telegraphische Aufforderung ergangen, die besten Kräfte nach Peking zu senden. Die Kaiserin erkrankte ebenfalls, die Kaiserin sei ernst, gefaßt aber zur Beurlaubung keinen Anlaß.

Eintrache vom 20. Januar hervorob, rechnete er damals mit einer Abnahme der Eisenbahnen von 70 Millionen Mark, in einer Reihe von Jahren von 60 Millionen Mark, jedoch als ein schätzungsweise auf 15 Millionen mehr überhöht rechnete. Diese Annahme konnte die Eisenbahnverwaltung unbedingt bestätigen, ja sie konnte sogar damals so ziemlich voraussetzen, daß eine weitere Abnahme von 12 Millionen eintreten würde. Nachdem nunmehr die Einnahmen der April-Dezember feststellbar sind, ergibt sich eine Abnahme von 100 Millionen Mark gegen eine Abnahme von 60 Millionen Mark, jedoch als ein Mehrerhöht von 40 Millionen Mark zu verzeichnen ist. Dieses Ergebnis deutet sich dem letzten Jahr. Im ganzen haben wir in den letzten drei Jahren 300 Millionen Mark Einnahmen gehabt gegen 180 Millionen Markausgaben, jedoch als der Mehrerhöht insgesamt 120 Millionen beträgt. Dieses günstige Ergebnis ist erzielt worden trotz der erheblichen Aufwendungen, die der Minister für die Sicherheit des reisenden Substantums getroffen hat.

Hg. Maceo (fr.) (früher verhandelt) wünscht den Minister recht bald wieder in voller Frische im Sinne zu sehen. Zum Etat übergehend, fordert Maceo, die Lebensfrage sollte mehr als bisher zur Verbesserung und Ergänzung der Betriebsmittel verwendet werden. Die Betriebsmittelpolitik halten wir für ein gutes Mittelglied zwischen dem Staat und dem Eisenbahnwesen, jedoch als ein Mittelglied, das viel leichter zu ändern ist, wenn wir mit gutem Gewissen der Zukunft entgegengehen wollen, denn wir sind zwischen Vorgesetzten und Untergebenen beruht auf der verständigen Erziehung. Ist dieses Verhältnis das richtige, dann ist nicht zu befürchten, daß wir Erfüllungen entgegengehen, wie sie in anderen ähnlichen Verhältnissen vorkommen. Ich hoffe und wünsche, daß die preußischen Bahnen auch fernere auf der Höhe stehen. (Beifall.)

Hg. v. Rappenheim (fr.). Ich würde wünschen, daß der Minister recht bald in alter Frische mit den Eisenbahnen die Aufgaben seines Ressorts arbeiten möge. (Beifall.) Das Sentenz — das kann nicht gelangen werden — ist hier erfreulich, und doch möchte ich etwas Wasser in den Wein gießen und fragen, ob die Eisenbahnverwaltung dauernd die Basis unserer Finanzwirtschaft wird bleiben können. Was denke nicht, daß die glänzende Lage der Eisenbahn und der Industrie für alle Zeit so fortgeht. Dem Wege wird wieder das Tal folgen. Mandelteil Detaillierungen, namentlich die vom Osten nach dem Westen und dem Zentrum liegen im allgemeinen Interesse. Ich warne daher, sich hinsichtlich der Betriebsmittelpolitik übertriebene Hoffnungen hinzusetzen. (Sehr richtig.) Die preussische Verwaltung muß sich unbedingt in der Verwaltung der Eisenbahnen einmühtig richtig redig. Die Erfahrungen mit diesen redig sind ein vollständig deutliche Sprache. Das Verhältnis der preussischen Eisenbahn zum Reich gibt meinen Freunden zu den ernstesten Bedenken Anlaß. (Sehr richtig.) Wenn wir schon gegen Herrn v. Rappenheim direkt sprechen dürfen, so müssen wir auch gegen die Reichsverwaltung der Eisenbahnen sprechen, wie sie jetzt in der Reichsverwaltung der Eisenbahnen gefaßt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Das Reich muß doch eine eigene Betriebsverwaltung rentabel. (Sehr richtig.) Einer Gemeinwohl, die weder für die Preußen noch die anderen Staaten ein Vorteil ist, kann ich nicht zustimmen. (Sehr richtig.) Der Geist der Arbeiterhaft bei den Eisenbahnen ist noch gut. Wir werden alles tun, um ihn aufrecht zu halten. Das hängt nicht nur von Gehaltsverbesserungen ab, sondern vor allem von dem persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeitern. Diese wird die internationalen Einrichtungen zu Standen machen. Meine Freunde werden alles tun, um dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten. (Beifall redig.)

Hg. Defer (fr. Sp.). Ich hoffe, der Herr Minister wird bald wieder in der Lage sein, den Verhandlungen beizutreten. So sehr wir uns über die Maßnahmen freuen, so müssen wir doch hervorheben, daß die Tariffrage auf dem alten Gleise ist. Wir werden v. Rappenheim fähig sein, das preussische Eisenbahnenwesen mit dem Reich zu trennen. Die Finanznot des Reichs zu trennen, so werden wir hinsichtlich der Tarifstellung völlig richtig. (Sehr richtig.) Ich hoffe, Herr v. Rappenheim wird im Reichstag seine Autorität anwenden, um dieses Scheitern in der Woffschaltung verhindern zu lassen. (Seitertell.) Mit Defer ist es nicht zu tun. Die Einigung ist in der Verrentierung der Eisenbahnen. Eine gewisse Größe, die in der Verrentierung in gewissen ein Fortschritt nicht bedeutet. Um bedürftigen in der Verrentierung der Eisenbahnen zu verhindern, die Schmelzungsauflage, die fünfzig 9/10 bis über 3,4 Millionen erbringen sollen, und die Verrentung der Eisenbahnen. Das Aufrechtzuerhalten muß ernstlich geprüft werden. Der Plan, das Altesmaterial zu verkaufen, pro Jahr um 350 000 Tonnen — nicht im ganzen an den Stahlverderband abzugeben, sondern wie bisher in kleineren Mengen zuzugewinnen, ist mit Benutzung zu bezweifeln. Keine ähnliche Eisenbahnen Eisenbahnen, zu der uns die heutige wirtschaftliche Lage nicht anzeigt. (Beifall.)

Ein Regierungskommissar hat die Verrentierung der Eisenbahnen zu verteidigen und betont namentlich, daß die Schmelzungsauflage und die Verrentung der Eisenbahnen in Kauf genommen werden müssen, um zu einer Einigung mit den süddeutschen Staaten zu gelangen. Ein zweiter Regierungskommissar (schwer verständlich) sucht das Verhalten der Eisenbahnverwaltung hinsichtlich des Verkaufs des Altesmaterial zu verteidigen.

Hg. v. Tawann (fr.). Bei der Fahrkartenerhöhung handelt es sich um eine Steuer, die mit der Tariffrage nichts zu tun hat. Wenn Herr Defer oder v. Rappenheim an sich etwas gegen die Fahrkartenerhöhung haben, so mögen sie eine andere Lösung vorschlagen.

Hg. Frhr. v. Schlit (fr.). Wir können nur mit dem Ergebnis der Entwicklung unserer Eisenbahnen außerordentlich zufrieden sein. Ich glaube aber, wir sind bald an der Grenze angelangt, wo das Verkehrsbedürfnis übersteigt in den Verkehrsleistungen. Solange das Reich geteilt ist, die Grenzen zwischen Reich und Staat zu brechen, werden zu übersteigen, so lange ist ein Wort der Abwehr gerecht, ja sogar notwendig. (Sehr Zustimmung.) Es ist bedauerlich, daß die verschiedenen Regierungen unter Milderung Bedenken den ersten Schritt auf dieser schiefen Ebene getan haben. Um Reistage, wo man weniger nach sachlichen Gründen unterscheidet, als nach Gründen der Popularität. (Hrache) wird man bald nach ähnlichen neuen Schritten verlaugen. Preußen muß v. Rappenheim über die Verwaltung seiner Eisenbahnen befehlen. (Sehr Beifall redig.)

Nach weiterer Debatte wird ein Schlußantrag angenommen. Die Einnahmestellen 'Personen- und Güterverkehr' werden bemittelt.

Freitag 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 5 Uhr.

Die Konferenz in Algieras.

Aus Algieras dröhrt man uns unterm 8. März: Man glaubt, daß die heutige Wenar- und Romteizung die Lage auflären und in einem fähigen Urteil über ermöglichen werde, ob in den beiden Verträgen eine Einigung zuliebe komme oder nicht. Die Franzosen bemühen sich, ihren Vorschlag, die Besetzung der Wahl des Sultans auf französische und spanische Polizei-Instruktooren, nur mit praktischen Gründen zu motivieren und ihm keine politische Bedeutung zu geben. Optimisten glauben, daß sie deshalb um so eher auf die von Deutschland geforderten

